

C.H. Beck Energierecht

Grundzüge des Energiewirtschaftsrechts

Die Liberalisierung der Strom- und Gaswirtschaft

von

Dr. Christiane Nill-Theobald, Prof. Dr. Christian Theobald, Vincent Pál, Julia Riedle, Pashalis Tzellos

3. Auflage

[Grundzüge des Energiewirtschaftsrechts – Nill-Theobald / Theobald / Pál / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Energierecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65123 6

beck-shop.de

Theobald/Theobald

Grundzüge des Energiewirtschaftsrechts

beck-shop.de

beck-shop.de

Grundzüge des Energiewirtschaftsrechts

Die Liberalisierung der Strom- und Gaswirtschaft

von

Prof. Dr. Christian Theobald Mag. rer. publ.
Rechtsanwalt, BBH, Berlin
sowie Honorarprofessor an der Deutschen Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer

und

Dr. Christiane Nill-Theobald
Rechtsanwältin, Business Coach, Theobald*Consulting*, Berlin

unter Mitarbeit von

Vincent Pál
Dipl.-Jur. (Univ.),
wissenschaftlicher Mitarbeiter,
BBH, Berlin

Julia Riedle
Referendarin, BBH, Berlin

Pashalis Tzellos
Dipl.-Jur. (Univ.), wissenschaftlicher Mitarbeiter,
BBH, Berlin

3. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2013

beck-shop.de

Zitiervorschlag: Theobald/Theobald, Grundzüge EnWR

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65123 6

© 2013 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz H. Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort

Seit Erscheinen der 2. Auflage sind wiederum mehr als fünf Jahre vergangen, gemessen an dem mehr als hundertjährigen Bestehen des Rechts der Energiewirtschaft ein kurzer Zeitraum; dennoch haben sich seitdem die Dinge in einer für die Branche immensen Geschwindigkeit rasant weiterentwickelt, die eine Überarbeitung der 2. Auflage erforderlich gemacht haben. Gleichwohl hat sich die bisherige Gliederung bewährt und wurde daher weitgehend beibehalten.

Die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte ist ein gutes Stück vorangekommen, z.T. haben sich vom Typus her völlig neue Marktteilnehmer etabliert.

Der ordnungspolitische Rahmen hat sich weiter verändert. Auslöser hierfür waren die Reaktorkatastrophe in Fukushima am 11.3.2011 sowie das 3. EU-Binnenmarktpaket Strom und Gas vom 13.7.2009. Folge war u.a. eine weitere Novellierung des Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts mit Wirkung zum 4.8.2011.

Die Änderungen betreffen die Regelungen zum Unbundling, zur Regulierung und zum Verbraucherschutz; auch die regulierungsrechtliche Sprechpraxis der Behörden und die diesbezügliche Rechtsprechung sind zwischenzeitlich regelrecht „explodiert“. Im Zusammenhang mit dem insgesamt am 4.8.2011 in Kraft getretenen komplexen Energiepaket dient das Netzausbaubeschleunigungsgesetz für Übertragungsnetze (NABEG) der Beschleunigung des im Zuge der Energiewende mit mehr als 4.000 km „Stromautobahnen“ für notwendig befundenen Netzausbaus. Unterstützt werden soll damit das ebenfalls noch neue Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) vom 21.8.2009.

Ferner ist hinzuweisen auf die erneuten Novellierungen des Kraft-Wärme-Kopplungs-Modernisierungsgesetzes (KWKModG) und des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) sowie das Energiedienstleistungsgesetz (EDLG) vom 4.11.2010 und das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKGF) vom 8.12.2010.

Ohne die großartige inhaltliche Unterstützung von Frau Rechtsreferendarin Julia Riedle, Herrn Dipl.-Jur. Vincent Pál und Herrn Dipl.-Jur. Pashalis Tzellos wäre die rechtzeitige Erstellung der vorliegenden Auflage nicht möglich gewesen, dafür danken wir Ihnen ganz herzlich. Nachwirkender Dank aus der Mitarbeit an der Voraufgabe gebührt weiterhin Herrn Rechtsanwalt Dr. Wolf Templin sowie Frau Dipl.-Ing. Antje Werk, Richterin am LG Berlin.

Für kritische Anregungen danken wir den Rechtsanwälten Herrn Dr. Jost Eder, Herrn Dr. Klaas Bosch, Herrn Marcel Dalibor, Herrn Dr. Christian Dessau, Herrn Dr. Peter Gussone, Herrn Dr. Holger Hoch, Herrn Dr. Markus Kachel, Frau Anna Lesinska, Herrn Niko Liebheit, Herrn David Prang, Herrn Daniel Schiebold, Herrn Michael Schnelle und Frau Dr. Miriam Vollmer sowie allen Rechtsanwälten bei BBH. Besonderer Dank für die Mitarbeit bei Aktualisierungen und die redaktionelle Überarbeitung gebührt unseren Dipl.-Wirtschaftsjuristinnen (FH) Arlett Steinhöfel und Katja Seidel sowie Frau Hannelore Köhler und Frau Elisa Stern.

Auch für die 3. Auflage gilt: Alle wichtigen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Regelwerke sind abgedruckt in den dtv-Texten Energierecht, München 2012. Unsere Bitte und zugleich Dank vorab an Sie, liebe Leser, betreffend Übermittlung von Kritik, Anregungen sowie die Überlassung gerichtlicher und behördlicher Entscheidungen, welche im Rahmen der Bearbeitung der sicherlich unvermeidbaren 4. Auflage Berücksichtigung finden könnten, möchten wir gerne aufrecht erhalten. Bitte wenden Sie sich hierfür an christian.theobald@bbh-online.de sowie Becker Büttner Held, Magazinstr. 15–16, 10179 Berlin bzw. Theobald *Consulting*, Schmidt-Ott-Str. 21, 12165 Berlin.

Berlin, im Dezember 2012

Dr. Christiane Nill-Theobald
Prof. Dr. Christian Theobald

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XIII
Abbildungsverzeichnis	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	LV

1. Teil. Grundlagen und Entwicklung des Rechts der Energiewirtschaft

1

A. Einführung

1

- I. Das Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen
in der Energiewirtschaft
- II. Exkurs: Technische und wirtschaftliche Charakteristika ..
- III. Liberalisierung und (Re-)Regulierung netzgebundener
Güter und Dienstleistungen
- IV. Die gesetzliche Ausgangslage netzgebundener
Wirtschaftszweige im Vergleich
- V. Vorgaben des Europarechts und die Bedeutung
des Binnenmarktes
- VI. Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zur Novellierung
des EnWG seit 1949

B. Eckpunkte der bisherigen EnWG-Novellen 1998 und 2003 ..

92

- I. Ziele und Mittel der Energierechtsnovellen 1998 und
2003
- II. Wettbewerbsbegründende Regelungen
- III. Unbundling in den beiden EnWG-Novellen 1998/2003 ..
- IV. Das Verhältnis der Energieversorgungsunternehmen zu
Staat und Gemeinden bis 2005
- V. Das Verhältnis der Energieversorgungsunternehmen
zum Verbraucher

C. Eckpunkte des aktuellen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)

111

- I. Fixpunkte des neuen EnWG
- II. Regulierter Netzzugang
- III. Genehmigungs- und Anzeigepflichten, §§ 4 f. EnWG....
- IV. Eckpunkte des Unbundling

V.	Die neue Grund- und Ersatzversorgung	119
VI.	Das neue Konzessionsvertragsrecht	121
VII.	Regelungen zum Verbraucherschutz	126
VIII.	Geschlossene Verteilernetze und Kundenanlagen	129
IX.	Übergangsvorschriften	129
X.	Verfahrensrechtliche Besonderheiten	130
2. Teil.	Marktöffnung und Wettbewerb in der Energiewirtschaft: Ein- und Verkauf von Strom und Gas	133
A.	Der Energieliefervertrag	133
I.	Begriff des Energieliefervertrages	134
II.	Unterscheidung zwischen Grundversorgungs- und Sonderkunde	135
III.	Produkte der Strom- und Gasversorgung	138
IV.	Die Vertragsgestaltung des Energieliefervertrages	146
V.	Rechtscharakter des Energiebezugsvertrages	153
VI.	Elektronische Lieferverträge (E-Commerce)	157
B.	Problematik der sog. Altlieferverträge	161
I.	Relevante Klauseln	164
II.	Verstoß gegen § 1 GWB	164
III.	Vereinbarkeit mit §§ 19, 20 Abs. 1 GWB	166
IV.	Anwendungsbereich des Art. 101 AEUV (ex-Art. 81 Abs. 1 EGV)	167
V.	Verstoß gegen Art. 102 AEUV (ex-Art. 82 EGV)	169
VI.	Gesamtnichtigkeit der Energiebezugsverträge	170
VII.	Außerordentliches Kündigungsrecht	171
C.	Unternehmensrechtliche Leitplanken durch BGB, UWG, GWB und EG-Kartellrecht	172
I.	UWG und Werberecht	174
II.	Energiepreiskontrolle	178
III.	Wettbewerb und Unternehmenskooperationen	188
IV.	Zusammenschlusskontrolle in der Energiewirtschaft	196
3. Teil.	Marktöffnung und Wettbewerb in der Energiewirtschaft: Die Netznutzung	211
A.	Die Systematik der Energieversorgungsnetze	211
I.	Energieversorgungsnetze	212
II.	Die verschiedenen Netzebenen im Strombereich	215

III. Die verschiedenen Netzarten	227
IV. Die verschiedenen Netzarten im Gasbereich	241
B. Vom verhandelten zum regulierten Netzzugang	242
I. Anspruch auf Netzanschluss	244
II. Regulierung qua Gesetz und Verordnungen	247
III. Technische Regelungen bzgl. der Stromnetznutzung	260
C. Vertragliche Gestaltung des Netzzugangs	264
I. Netzanschluss- und Anschlussnutzungsvertrag	265
II. Der Netznutzungsvertrag	268
III. Lieferantenrahmenvertrag	275
IV. Der Beistellungsvertrag	280
V. Der Bilanzkreisvertrag	281
D. Die Regulierung der Netznutzungsentgelte	282
I. Einführung	283
II. Die Netzkosten als Basis der Netzentgeltermittlung	287
III. Bestimmung von Erlösobergrenzen im Wege der Anreizregulierung	298
IV. Ausblick: Yardstick Competition	310
V. Verfahrensfragen der Netzentgeltregulierung	311
VI. Ausgewählte Problemfelder der Entgelt- und Erlösobergrenzenregulierung	315
4. Teil. Marktöffnung und Wettbewerb in der Energiewirt- schaft: Unbundling	317
A. Gesetzliche Regelungen	318
B. Gemeinsame Vorschriften für Verteilernetzbetreiber und Transportnetzbetreiber	319
I. Anwendungsbereich	319
II. Buchhalterisches Unbundling	320
III. Informatorisches Unbundling	325
C. Entflechtung von Verteilernetzbetreibern und Betreibern von Speicheranlagen	333
I. Operationelles Unbundling	333
II. Gesellschaftsrechtliches Unbundling	345

D. Besondere Entflechtungsvorgaben für Transportnetzbetreiber	353
I. Normative Vorgaben	353
II. Eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber (ETB)	354
III. Unabhängiger Systembetreiber (USB)	359
IV. Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)	359
5. Teil. Energieversorgung zwischen Deregulierung und (Re-)Regulierung	363
A. Energieversorgung zwischen Daseinsvorsorge, staatlicher Gewährleistung und privatwirtschaftlicher Erfüllung	363
I. Energieversorgung zwischen Daseinsvorsorge und Gewerbefreiheit	363
II. Die Energieaufsicht über EVU	365
III. Regulierungsbehörden des Bundes und der Länder	373
IV. Weitere Organe staatlicher Aufsicht	379
V. Rahmenordnung des Energiebörsenhandels	382
B. Energiewirtschaft und kommunale Belange	398
I. Einführung	401
II. (Energie-)Wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden und Gemeindeordnung	401
III. Wettbewerb um örtliche Verteilnetze	422
IV. Übernahme des kommunalen Strom- bzw. Gasvermögens	442
6. Teil. Belange des Umweltschutzes	467
A. Einführung in das Energieumweltrecht	467
I. Maßnahmen auf Erzeugerseite	469
II. Maßnahmen auf Verbraucherseite	471
III. Maßnahmen der Netzinfrastruktur	472
B. Das Planungsrecht der Energieversorgungsnetze	476
I. Ausgangssituation: Die Energiewende 2011	477
II. Die Notwendigkeit zum Ausbau der Stromübertragungsnetze	478
III. Verfahren	482
IV. Ziele der Reformen	490
V. Der Ausbau der Gasfernleitungsnetze	492

C. Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)	493
I. Historie der Förderung Erneuerbarer Energien in Deutschland	495
II. Systematik des EEG 2012	501
III. Die Regelungen des EEG	504
IV. Vereinbarkeit des EEG mit dem europäischen Unions- recht	522
V. Verfassungsrechtliche Bedenken	525
VI. Ausblick	532
D. Fördergesetze für Kraft-Wärme-Kopplung	536
I. Einführung	537
II. Historie der Kraft-Wärme-Kopplung	539
III. Regelungen des KWKG (2012)	543
IV. Europa- und Verfassungsrechtliche Bewertung des KWKG	559
E. Energieeffizienz	560
I. Einführung	560
II. Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebereich	565
III. Energieeffizienzmaßnahmen im Straßenverkehrsbereich .	570
IV. Energieeffizienz im Bereich von Industrie und Unter- nehmen	575
V. Energieverbrauchsrelevante Produkte	577
VI. Energieeffizienzrichtlinie und Energiedienstleistungs- gesetz	580
VII. Fazit	583
F. Stromsteuer, Energiesteuer und Kernbrennstoffsteuer	584
I. Gesetzgebung	585
II. Stromsteuergesetz (StromStG)	589
III. Energiesteuergesetz (EnergieStG)	599
IV. Kernbrennstoffsteuergesetz	601
7. Teil. Emissionshandel	607
A. Einführung	607
I. Ziele des Emissionshandels	607
II. Kyoto-Protokoll und internationaler Emissionshandel ..	608

beck-shop.de

XIII

Inhaltsübersicht

B. Europäische gesetzliche Grundlagen für den Emissionshandel	610
I. Die Emissionshandelsrichtlinie	610
II. Konkretisierende Gesetzgebung auf europäischer Ebene ..	616
C. Nationale Umsetzung	617
I. Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG)	619
II. Zuteilungsverordnung 2020 (ZuV 2020)	622
III. Ausgewählte Rechtsprobleme	625
Bearbeiterübersicht	629
Stichwortverzeichnis	631

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	LV

1. Teil. Grundlagen und Entwicklung des Rechts der Energiewirtschaft	1
---	----------

A. Einführung	1
----------------------------	----------

I. Das Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen in der Energiewirtschaft	1
1. Energieversorgung als Daseinsvorsorge	1
2. Energiepreise und Wirtschaftsstandort	2
3. Struktur und Interessen der Energieversorgungs- unternehmen	5
4. Kommunale Interessen	6
5. Problem öffentlicher Güter: Umweltschutz	7
6. Die Verbraucherinteressen	8
7. Ableitungen für das Energierecht	10

II. Exkurs: Technische und wirtschaftliche Charakteristika	13
1. Phänomen der Leitungsgebundenheit	14
2. Wertschöpfungskette und wirtschaftliche Struktur der Stromwirtschaft	14
a) Wertschöpfungskette	14
b) Wirtschaftliche Struktur	17
3. Wertschöpfungskette und wirtschaftliche Struktur der Gasversorgung	18
a) Wertschöpfungskette	18
b) Wirtschaftliche Struktur	19
4. Unterschiede zwischen den beiden Märkten	21
a) Problem der Speicherung	21
b) Interner Wettbewerb der Energieträger	22

III. Liberalisierung und (Re-)Regulierung netzgebundener Güter und Dienstleistungen	23
1. Funktionen netzgebundener Güter und Dienste	24
2. Netze im Wandel der ökonomischen Analyse	26

3. Liberalisierung und (Re-)Regulierung als Ausdruck staatlicher Infrastrukturverantwortung	28
4. Infrastruktureinrichtungen und die Essential-Facilities-Doktrin	30
IV. Die gesetzliche Ausgangslage netzgebundener Wirtschaftszweige im Vergleich	32
1. Die Entwicklung in der leitungsgebundenen Energiewirtschaft	33
a) Historischer Verlauf bis zur Liberalisierung	33
b) Regelungsinhalte des EnWG 1935	38
aa) Investitionsaufsicht	38
bb) Die allgemeine Anschluss- und Versorgungspflicht	39
cc) Freistellung der Strom- und Gasversorgung von der Anwendbarkeit der §§ 1, 15, 18 GWB a.F. (§§ 1, 14, 16 GWB n.F.)	42
2. Die drei Modelle des Wettbewerbs „in“, „um“ und „zwischen“ Netzen	43
3. Die Situation in der Telekommunikation	45
a) Ausgangslage	45
b) Marktregulierung	46
c) Marktzugang	48
d) Nutzungsentgelte	50
e) Sonstige Verpflichtungen (§§ 40 ff. TKG.)	52
f) Zur Vergabe von Wegerechten	52
g) Gemeinwohl und Universaldienst	53
4. Die Situation beim Schienenverkehr	54
a) Ausgangslage	54
b) Marktzugang	55
c) Netzzugang	57
d) Netznutzungsentgelte	57
e) Regulierung	58
V. Vorgaben des Europarechts und die Bedeutung des Binnenmarktes	61
1. Binnenmarkt für Energie	61
2. Transeuropäische Netze	62
a) Art. 170 AEUV (ex-Art. 154 ff. EGV n.F., Art. 129b bis d EGV a.F.)	62
b) Europäisches Verbundnetz	63
c) Transitrichtlinien	65
d) Strompreistransparenzrichtlinie	66

3. Die Binnenmarktrichtlinie Elektrizität vom 19.12.1996	66
a) Ausgangslage	66
b) Wesentlicher Inhalt	67
4. Die Binnenmarktrichtlinie Gas vom 22.6.1998	68
5. Die sog. Beschleunigungsrichtlinien Elektrizität und Gas vom 26.6.2003	70
a) Änderungen der Binnenmarktrichtlinie Elektrizität 1996 und Gas 1998	70
b) Verschärfungen beim sog. Unbundling	71
c) Anforderungen an die Regulierung	72
aa) Einführung von Regulierungsbehörden	72
bb) Monitoring	73
cc) Ex-ante-Festlegung oder Genehmigung von Tarifen oder Tarifmethoden	73
dd) Ex-post-Eingriffskompetenzen	74
ee) Rechtsschutz	74
6. Das 3. Energiebinnenmarktpaket vom Sommer 2009	75
a) Neuerliche Novellierungen u.a. der Binnenmarktrichtlinien Strom und Gas	75
b) Weitere Verschärfungen beim sog. Unbundling	76
c) Weitergehende Anforderungen an die Regulierung	77
d) Geschlossene Verteilernetze	77
7. Weitere europarechtliche „Leitplanken“	79
a). Die Richtlinie zur Förderung Erneuerbarer Energiequellen vom 27.9.2001	79
b) Die Richtlinie zur Gewährleistung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung und von Infrastrukturinvestitionen vom 18.1.2006	80
c) Die Richtlinie über den Handel mit Emissionszertifikaten vom 13.10.2003	81
d) Die Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen vom 5.4.2006	81
VI. Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zur Novellierung des EnWG seit 1949	82
1. Die Zeit nach 1949	82
2. Die Zeit bis zur ersten EnWG-Novelle 1998	84
3. Die zweite EnWG-Novelle 2003 als „Zwischen-etappe“	85
4. Die dritte EnWG-Novelle 2005	86
a) Monitoring-Bericht	86
b) Die ersten Gesetzesentwürfe	87
c) Beschlussempfehlungen	89

5. Die vierte EnWG-Novelle 2011	89
a) Hintergrund	89
b) Umfang	90
c) Änderungen im EnWG	92
B. Eckpunkte der bisherigen EnWG-Novellen 1998 und 2003 ..	92
I. Ziele und Mittel der Energierechtsnovellen 1998 und 2003	92
1. Ziele-Trias: Versorgungssicherheit, Preissicherheit, Umweltverträglichkeit	92
2. „Streichung“ der §§ 103, 103a GWB a.F.	94
3. Durchleitung und Direktleitung	94
a) Begrifflichkeiten	94
b) Ökonomischer Hintergrund	94
c) Haltung des deutschen Gesetzgebers	95
II. Wettbewerbsbegründende Regelungen	96
III. Unbundling in den beiden EnWG-Novellen 1998/2003 ..	98
1. Regelungszweck	98
2. Ausmaß und Formen der Desintegration	99
a) Organisatorische Desintegration	100
b) Buchhalterische Desintegration	100
3. Das Zusammenspiel zwischen §§ 9, 9a EnWG 1998/2003 einerseits und §§ 6, 6a EnWG 1998/2003 bzw. § 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB andererseits	101
4. Abgrenzung der Aktivitäten nach § 9 Abs. 2 Satz 1 EnWG 1998	102
IV. Das Verhältnis der Energieversorgungsunternehmen zu Staat und Gemeinden bis 2005	103
1. Genehmigungserfordernisse, insbesondere § 3 EnWG	103
2. Nutzung öffentlicher Wege und Wegfall der Ausschließlichkeit	104
3. Die Energieaufsicht nach § 18 EnWG 1998/2003	105
4. Umweltrechtliche Pflichten	106
V. Das Verhältnis der Energieversorgungsunternehmen zum Verbraucher	107
1. Pflichten und Rechte der allgemeinen Versorgung nach § 10 EnWG 1998/2003	107
a) Zum Begriff der allgemeinen Versorgung	107
b) Übergang der Kunden beim Wechsel des allgemeinen Versorgers	108
c) Übergang der Sonderkundenverhältnisse	109

2. Die AVBEltV und AVBGasV	109
3. Die BTOElt	109
C. Eckpunkte des aktuellen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)	111
I. Fixpunkte des neuen EnWG	112
II. Regulierter Netzzugang	112
1. Regel-Ausnahme-Verhältnis des Netzzugangs	114
2. Weiterhin vertragliche Grundlagen des Netzzugangs	115
3. Zweistufiges Netzentgeltverfahren	115
4. Besonderheiten beim Gasnetzzugang	116
III. Genehmigungs- und Anzeigepflichten, §§ 4 f. EnWG	117
IV. Eckpunkte des Unbundling	117
1. Zweck des Unbundlings	117
2. Wesentliche Formen des Unbundling	118
3. Nachjustierungen 2011	118
V. Die neue Grund- und Ersatzversorgung	119
VI. Das neue Konzessionsvertragsrecht	121
1. Verschärfter „Wettbewerb um Netze“	121
2. Änderungen durch die 4. EnWG-Novelle 2011	123
3. „Wettbewerb um Netze“ und Lieferkundenbeziehungen	124
4. Änderungen bei den Konzessionsabgaben	124
5. Auswirkungen auf den Inhalt von Konzessionsverträgen	125
VII. Regelungen zum Verbraucherschutz	126
a) Rechnungsgestaltung	126
b) Lieferantenwechsel	127
c) Beschwerdemanagement im Unternehmen und Streitschlichtungsstelle	127
VIII. Geschlossene Verteilernetze und Kundenanlagen	129
IX. Übergangsvorschriften	129
X. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	130
1. Allgemeines	130
2. Zuständigkeit der Regulierungsbehörden	131

2. Teil. Marktöffnung und Wettbewerb in der Energiewirtschaft: Ein- und Verkauf von Strom und Gas	133
A. Der Energieliefervertrag	133
I. Begriff des Energieliefervertrages	134
II. Unterscheidung zwischen Grundversorgungs- und Sonderkunde	135
1. Der grundversorgte Haushaltskunde	135
a) Definition des Haushaltskunden	135
b) Der Haushaltskunde im Wettbewerb	136
2. Der Sonderkunde	137
a) Definition des Sonderkunden	137
b) Der Sonderkunde im Wettbewerb	138
III. Produkte der Strom- und Gasversorgung	138
1. Bilateraler Handel	138
a) Vollversorgung	139
b) All-inclusive-Vertrag	139
c) Band- und Programmlieferungen	140
d) Reservelieferung und Zusatzversorgung	140
e) Spotgeschäfte (Day-ahead-Market)	141
f) Termingeschäfte (Forward-, Future- oder Hedge-Market)	141
2. Börsengeschäfte	143
a) Spotgeschäfte	143
b) Termingeschäfte	144
3. Weitere Markttypen	144
4. Bündelkundenverträge und Einkaufsgemeinschaften	145
IV. Die Vertragsgestaltung des Energieliefervertrages	146
1. Strom- und Gasgrundversorgungsverordnung	147
a) Grundversorgung	147
b) Reserve- und Ersatzversorgung	148
c) Zustandekommen des Grundversorgungsvertrags	149
d) Preisanpassungen	150
e) Umfang der Grundversorgungspflicht und Haftung	151
f) Zahlungsverweigerung	151
2. Geltungsbereich und Inhalt der §§ 305 ff. BGB	152
3. Weitere Vertragsinhalte	152

V.	Rechtscharakter des Energiebezugsvertrages	153
1.	Einschlägiges Rechtsgebiet: Zivilrecht	154
2.	Vertragstypische Einordnung	155
a)	Kaufrecht	155
b)	Einordnung des Energielieferungsvertrages in zeitlicher Hinsicht	155
VI.	Elektronische Lieferverträge (E-Commerce)	157
1.	Zum Begriff des E-Commerce	157
2.	Rechtliche Eigenheiten des E-Commerce	158
a)	Dematerialisierung, Deterritorialisierung, Extemporalisierung	158
b)	Fragen des anzuwendenden Rechts	159
3.	Vertragsabschluss im Internet	159
a)	Angebot und Annahme	159
b)	Formerfordernis	159
c)	Besondere Regelungen	160
4.	Verbraucherschutz	160
a)	Allgemeine Informationen Datenschutz	160
b)	Informationspflichten in der Anbahnungsphase	160
5.	Spezialfall: Vollmachtserteilung im Internet	161
B.	Problematik der sog. Altlieferverträge	161
I.	Relevante Klauseln	164
II.	Verstoß gegen § 1 GWB	164
1.	Persönlicher Anwendungsbereich	164
2.	Sachlicher Anwendungsbereich	165
a)	Verbot der Gesamtbedarfsdeckungsverpflichtung im Zusammenhang mit der Vertragslaufzeit	165
b)	Take-or-Pay Klauseln im Zusammenhang mit einem Weiterverkaufsverbot	166
III.	Vereinbarkeit mit §§ 19, 20 Abs. 1 GWB	166
IV.	Anwendungsbereich des Art. 101 AEUV (ex-Art. 81 Abs. 1 EGV)	167
1.	Wettbewerbsbeschränkung	167
2.	Spürbare Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	168
3.	Keine Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV (ex-Art. 81 Abs. 3 EGV)	168

V.	Verstoß gegen Art. 102 AEUV (ex Art. 82 EGV)	169
1.	Marktbeherrschende Stellung	169
2.	Mögliche Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	169
VI.	Gesamtnichtigkeit der Energiebezugsverträge	170
1.	Beurteilung von salvatorischen Klauseln	170
2.	Gesamtnichtigkeit eines Energiebezugsvertrages	171
3.	Keine sinnvolle Auslegung des Restvertrages	171
VII.	Außerordentliches Kündigungsrecht	171
C.	Unternehmensrechtliche Leitplanken durch BGB, UWG, GWB und EG-Kartellrecht	172
I.	UWG und Werberecht	174
II.	Energiepreiskontrolle	178
1.	Zivilrecht: Energiepreiskontrolle gemäß § 315 BGB ..	179
a)	Anwendbarkeit	179
aa)	Unmittelbare Anwendbarkeit	179
bb)	Entsprechende Anwendbarkeit	181
b)	Rechtsfolge Billigkeitsprüfung	181
2.	Kartellrecht: Energiepreiskontrolle gemäß § 29 GWB	182
a)	Entstehungsgeschichte	182
b)	Regelungsaufbau	183
c)	Verfahrenspraxis	186
III.	Wettbewerb und Unternehmenskooperationen	188
1.	Kooperationsformen in der Energiewirtschaft	188
a)	Einkaufskooperationen	188
aa)	Einkaufsgesellschaft	189
bb)	Einkaufsring	189
cc)	Bündelkunden	189
b)	Liefergemeinschaften	190
c)	Vertriebspartnerschaften/Handelskooperationen .	190
d)	Bildung von kooperativen Gemeinschaftsunternehmen	192
e)	Netzpachtmodelle	192
f)	Kooperationen von Netzbetreibern	193
2.	Kartellrechtliche Relevanz der einzelnen Kooperationsformen	193
a)	Freistellungsmöglichkeiten	193
b)	Kartellrechtliche Beurteilung von Einkaufskooperationen	194
c)	Kartellrechtliche Beurteilung von Liefergemeinschaften	196

IV. Zusammenschlusskontrolle in der Energiewirtschaft	196
1. Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Bundeskartellamt und Europäischer Kommission	197
2. Fusionskontrolle in der Elektrizitätswirtschaft	198
a) Relevante Märkte	199
b) Prüfungsmaßstab	202
c) Marktsteuerung durch Auflagen	204
3. Besonderheiten in der Gaswirtschaft	206
a) Relevante Märkte	206
b) Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung	208
c) Marktstrukturgestaltung durch Auflagen	209
3. Teil. Marktöffnung und Wettbewerb in der Energiewirtschaft: Die Netznutzung	211
A. Die Systematik der Energieversorgungsnetze	211
I. Energieversorgungsnetze	212
1. Definition	212
2. Netzbetreiber	213
II. Die verschiedenen Netzebenen im Strombereich	215
1. Einführung	215
2. Das Übertragungsnetz	217
a) Verantwortung des ÜNB über die Regelzone	217
b) Netzausbau im Zuge der „Energiewende“	219
c) Maßnahmen des ÜNB zur Systemstabilisierung	220
d) Anbindung von Offshore-Windparks	222
e) Sonstige Aufgaben der ÜNB	225
3. Das Verteilernetz	225
4. Die Umspannung als eigene Netzebene	226
III. Die verschiedenen Netzarten	227
1. Energieversorgungsnetze der allgemeinen Versorgung	227
2. Geschlossene Verteilnetze	228
a) Vorgeschichte	228
b) Voraussetzungen	230
c) Rechtsfolgen	231
d) Verfahren, Entgeltüberprüfung	231
3. Kundenanlagen	232
a) Historie	232
b) Voraussetzung: „zur Abgabe von Energie“	232
c) Kundenanlagen nach § 3 Nr. 24a EnWG	235

d) Kundenanlagen zur betrieblichen Eigenversorgung (§ 3 Nr. 24b EnWG)	238
e) Verfahren und Rechtsfolgen	238
4. Arealnetze	239
IV. Die verschiedenen Netzarten im Gasbereich	241
B. Vom verhandelten zum regulierten Netzzugang	242
I. Anspruch auf Netzanschluss	244
1. Gesetzliche Ausgangslage	245
2. Anspruchsinhalt	245
3. Ausnahmen der Netzanschlusspflicht	246
II. Regulierung qua Gesetz und Verordnungen	247
1. Vom verhandelten zum regulierten Netzzugang	247
2. Netzanschluss und Netzzugang als gesetzlicher Regelfall	250
3. Verweigerung des Netzanschlusses	251
a) Unmöglichkeit und Unzumutbarkeit i.S.d. § 17 Abs. 2 EnWG	251
aa) Betriebsbedingte, sonstige wirtschaftliche und technische Gründe	251
bb) Kapazitätsmangel	252
b) Ausnahmen von der allgemeinen Anschlusspflicht gem. § 18 EnWG	253
4. Verweigerung des Netzzuganges	254
a) Unmöglichkeit und Unzumutbarkeit i.S.d. § 20 Abs. 2 EnWG	254
b) Kapazitätsmangel i.S.d. § 20 Abs. 2 Satz 3 EnWG ..	254
c) Besondere Zumutbarkeitsregelung in § 25 EnWG ..	255
d) Vorgelagerte Rohrleitungsnetze und Speicher- anlagen gem. §§ 27, 28 EnWG	255
5. Rechtsschutzmöglichkeiten bei Ablehnung des Netzanschlusses und des Netzzugangs	256
a) Befugnisse der Regulierungs- und Wettbewerbs- behörden	257
b) Zivilgerichtlicher Rechtsschutz	258
aa) Leistungs-, Feststellungs- und Unterlassungs- klage	258
bb) Vorläufiger Rechtsschutz	259
III. Technische Regelungen bzgl. der Stromnetznutzung	260
1. TransmissionCode (GridCode)	261
2. DistributionCode	262
3. „MeteringCode“	263

C. Vertragliche Gestaltung des Netzzugangs	264
I. Netzanschluss- und Anschlussnutzungsvertrag	265
1. Rechtsnatur und Vertragsinhalt	266
2. Haftung	267
3. Baukostenzuschuss	267
II. Der Netznutzungsvertrag	268
1. Rechtsnatur	268
2. Vertragsinhalt	269
a) Allgemeines und Mindestinhalt	269
b) Entgeltregelungen	271
c) Vertragsanpassung	272
d) Haftung	272
3. Besonderheiten beim Gas	273
III. Lieferantenrahmenvertrag	275
1. Regelungsgegenstand	275
2. Modalitäten der Netznutzung und Lieferung	277
3. Sonstige Regelungen	278
IV. Der Beistellungsvertrag	280
V. Der Bilanzkreisvertrag	281
D. Die Regulierung der Netznutzungsentgelte	282
I. Einführung	283
II. Die Netzkosten als Basis der Netzentgeltermittlung	287
1. Die Methodik nach EnWG und Netzentgeltverord-	
nungen	287
a) Kostenartenrechnung	287
b) Kostenstellenrechnung	291
c) Kostenträgerrechnung	293
2. Das weitgehend bedeutungslose Vergleichsverfahren	297
III. Bestimmung von Erlösobergrenzen im Wege der	
Anreizregulierung	298
1. Erlösobergrenze, Regulierungsperiode, Regulie-	
rungskonto	299
2. Ausgangsniveau (Kostenprüfung, Modifikationen) ..	301
3. Individuelle Effizienzvorgaben	301
4. Geldwertentwicklung und allgemeine Produktivi-	
tätsfortschritte	303
5. Investitionssicherung	305
a) Erweiterungsfaktor	305
b) Pauschalierter Investitionszuschlag	306

c) Investitionsmaßnahmen	306
d) Sonstige Investitionsförderinstrumente und Lösungsansätze	308
6. Qualitätsregulierung	309
7. Ermittlung der Netzentgelte	310
IV. Ausblick: Yardstick Competition	310
V. Verfahrensfragen der Netzentgeltregulierung	311
1. Verfahrenseinleitung und behördliche Zuständigkeit	311
a) Einleitung von Amts wegen: Verfahren zur Fest- setzung der Erlösobergrenzen	311
b) Ausnahme: Netzbetreiber ohne vorherige Erlös- obergrenze	312
c) Ausnahme: Betreiber von geschlossenen Verteiler- netzen nach § 110 EnWG	312
2. Das vereinfachte Verfahren	312
3. Möglichkeiten des Rechtsschutzes	313
a) Verpflichtungsbeschwerde	314
b) Gleichzeitiges Betreiben eines Eilverfahrens	314
VI. Ausgewählte Problemfelder der Entgelt- und Erlösobergrenzenregulierung	315
1. Mehrerlössaldierung	315
2. Zu gering vereinnahmte Netzentgelte	315
3. Höhe des Eigenkapitalzinssatzes	316
4. Teil. Marktöffnung und Wettbewerb in der Energiewirt- schaft: Unbundling	317
A. Gesetzliche Regelungen	318
B. Gemeinsame Vorschriften für Verteilernetzbetreiber und Transportnetzbetreiber	319
I. Anwendungsbereich	319
II. Buchhalterisches Unbundling	320
1. Regelungszweck und Anwendungsbereich	320
2. Vorgaben zur Rechnungslegung	321
a) Jahresabschluss	321
b) Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses ..	321
c) Offenlegung des Jahresabschlusses	322

3. Details der Rechnungslegung für vertikal integrierte EVU	323
a) Regelungszweck	323
b) Trennung der Konten	324
c) Schlüsselung der Konten	324
d) Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen ..	325
III. Informatorisches Unbundling	325
1. Regelungszweck	325
2. Gebot zur Vertraulichkeit (Abs. 1)	327
a) Normadressat und Umfang des Gebotes zur Vertraulichkeit	327
b) Kenntnis in Ausübung der Tätigkeit	327
c) Wirtschaftliche sensible Information	328
d) Maßnahmen zur Sicherstellung der Vertraulichkeit ..	328
aa) Organisatorische Maßnahmen	328
bb) Elektronische Datenverarbeitungssysteme	329
e) Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot	330
3. Verpflichtung zur Offenlegung	331
a) Informationen über eigene Tätigkeiten	331
b) Möglicher wirtschaftlicher Vorteil	332
c) Diskriminierungsfreie Offenlegung	332
C. Entflechtung von Verteilernetzbetreibern und Betreibern von Speicheranlagen	333
I. Operationelles Unbundling	333
1. Normzweck und -adressaten	333
2. De-minimis-Regelung	333
a) Regelungszweck	333
b) Der Kundenbegriff	334
c) Anrechnung von „Fremdkunden“	335
3. Personelle Entflechtung	336
a) Funktionaler Ansatz	336
b) Leitungsaufgaben und Letztentscheidungs- befugnisse	336
c) Sonstige Tätigkeiten	336
d) Handlungsunabhängigkeit des Leitungspersonals ..	337
4. Kompetenzen des Verteilernetzbetreibers	338
a) Tatsächliche Entscheidungsbefugnisse	338
b) Zulässige Einflussnahme auf den Netzbetrieb	339
5. Gleichbehandlungsprogramm	340
a) Zweck und Normadressaten	340
b) Betroffene Mitarbeiter und Publikationspflicht ..	341
c) Inhalt des Gleichbehandlungsprogramms	342

d) Gleichbehandlungsbeauftragter	343
e) Gleichbehandlungsbericht	344
f) Anwendbarkeit auf Transportnetzeigentümer und Betreiber von Speichieranlagen	345
g) Außendarstellung	345
II. Gesellschaftsrechtliches Unbundling	345
1. Regelungszweck und Normadressaten	345
2. Bedingungen der rechtlichen Entflechtung	347
3. Lösungsvarianten	347
a) Pachtlösung („Breite Netzgesellschaft ohne Eigentumsübergang“)	348
b) Pacht- und Dienstleistungsmodell („Schlanke Netzgesellschaft“)	349
c) Eigentümlösung („Breite Netzgesellschaft mit Eigentumsübergang“)	350
d) Netzkooperationen als Lösung?	351
4. Rechtsform	351
5. Steuerrechtliche Anforderungen	352
D. Besondere Entflechtungsvorgaben für Transportnetz- betreiber	353
I. Normative Vorgaben	353
II. Eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber (ETB)	354
1. Begriffsklärung	354
2. Bewertung	356
III. Unabhängiger Systembetreiber (USB)	359
IV. Unabhängiger Transportnetzbetreiber (UTB)	359
5. Teil. Energieversorgung zwischen Deregulierung und (Re-)Regulierung	363
A. Energieversorgung zwischen Daseinsvorsorge, staatlicher Gewährleistung und privatwirtschaftlicher Erfüllung	363
I. Energieversorgung zwischen Daseinsvorsorge und Gewerbefreiheit	363
II. Die Energieaufsicht über EVU	365
1. Allgemeine Überwachungs- und Anordnungs- befugnisse	366
2. Genehmigungen von Energieversorgung und Netzbetrieb	368

3. Strompreisaufsicht	369
4. Kartellrechtliche Energiepreiskontrolle	369
5. Enteignungsverfahren	369
6. Feststellung des sog. Grundversorgers	371
7. Wegfall der Investitionsaufsicht und des Betriebs- untersagungsverfahrens	372
8. Europäische Energieaufsicht?	373
III. Regulierungsbehörden des Bundes und der Länder	373
1. Was ist neu an den Regulierungsbehörden?	373
2. Föderale Regulierung durch BNetzA und Landesregulierungsbehörden	374
3. Zuständigkeiten und Befugnisse der Regulierungs- behörden	375
4. Aufbau und Organisation	378
IV. Weitere Organe staatlicher Aufsicht	379
1. Bundeskartellamt und Landeskartellbehörden	379
2. Monopolkommission	380
V. Rahmenordnung des Energiebörsenhandels	382
1. Vorgeschichte	382
2. Funktionen und Rechtsgrundlagen der Börse	383
a) Funktionen	383
b) Rechtsgrundlagen	384
aa) BörsG und Regelwerk	384
bb) Wertpapierhandelsgesetz – Kreditwesengesetz	385
3. Zulassungsvoraussetzungen der Marktteilnehmer ...	385
a) Allgemeine Voraussetzungen nach BörsG	385
b) Regelung des Netzzugangs	386
4. Aufsichts- und Organisationsstruktur einer Energie- börse	387
a) Börsenorgane	387
b) Clearinghaus	388
c) Börsenaufsicht	388
5. Funktionsweise einer Strombörse	389
a) Handelsplattform/Marktplatz	390
b) Preisbildung	391
c) Clearing/Finanzielle Abwicklung	392
d) Chronologie des physischen Lieferprozesses	392
6. Die European Energy Exchange in Leipzig (EEX) ...	393
7. Beispiele für ausländische Strombörsen	396
a) NASDAQ OMX Commodities (Nord Pool)	397
b) APX-Endex	398
c) New York Mercantile Exchange (NYMEX)	398

B. Energiewirtschaft und kommunale Belange	398
I. Einführung	401
II. (Energie-)Wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden und Gemeindeordnung	401
1. Das Recht der Gemeinden zur wirtschaftlichen Betätigung	401
2. Rahmenbedingungen gemeindewirtschaftlicher Betätigung	402
a) EU-Recht	403
b) Verfassungsrecht sowie Bundesrecht	404
c) Kommunalrecht	404
3. Verfassungs- und europarechtskonforme Auslegung des Örtlichkeitsprinzips	407
4. Auswirkungen der Liberalisierung der Energiewirt- schaft	410
5. Kommunale energiewirtschaftliche Aktivitäten	411
a) Die Errichtung eigener kommunaler Energiever- sorgungsunternehmen	413
b) Stromerzeugung	414
c) Netzbetrieb	416
d) Ein- und Verkauf von Strom und Gas	417
e) Zur Ausschreibungspflicht beim kommunalen Strom- und Gaseinkauf	418
aa) Ausgangslage	418
bb) Vorliegen eines Inhouse-Geschäfts	419
cc) Zur vergleichbaren Kontrolle wie eigene Dienststellen	419
dd) Tätigkeit im Wesentlichen für den Auftrag- geber	420
III. Wettbewerb um örtliche Verteilnetze	422
1. Die Wegenutzung und deren vertragliche Ausgestal- tung	422
a) Begriff und Bedeutung der Wegenutzung	422
b) Einfacher und qualifizierter Wegenutzungsvertrag	423
c) Konkurrierende Wegenutzung	424
d) Vertragsinhalt	426
2. Konzessionsabgaben	428
a) Konzessionsabgabenverordnung: Regelungszweck und -inhalt	429
b) Schuldner der Konzessionsabgaben	429
c) Tarif- oder Sonderkundenverhältnis	430
d) Nebenleistungen oder Nebenleistungsverbot	433
e) Vertragsloser Zustand	435

3. Auslaufen und vorzeitige Beendigungen von Wegenutzungsverträgen	435
a) Regelfall: Auslaufen des Vertrages	435
b) Ausnahme: Vorzeitige Beendigung	435
c) Verstöße gegen Bekanntmachungspflichten	436
4. Konzessionsvergabe: Auswahlentscheidung der Gemeinde	437
a) Grundsätze	437
b) Das Auswahlverfahren	438
c) Entscheidungskriterien	441
IV. Übernahme des kommunalen Strom- bzw. Gasvermögens	442
1. Anspruchsgrundlagen	443
a) Vertragliche Regelung	443
b) Gesetzlicher Anspruch gem. § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG	444
c) Anspruch im „konzessionsvertragslosen Ursprungszustand“	444
2. Anspruchsumfang	446
a) Grundsatz: Übereignung der Verteilungsanlagen .	446
b) Bisher: Zum Begriff des Überlassens gem. § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG 2005	447
aa) Wortlaut	448
bb) Systematische Auslegung	448
cc) Gesetzeshistorie	449
dd) Teleologische Auslegung	450
c) Gleichklang mit vertraglichem Anspruch auf Eigentumsübertragung	451
d) Umfang der zu übertragenden Anlagen	452
e) Übergang der Kunden	453
3. Gegenleistung: Die wirtschaftlich angemessene Vergütung	454
a) Ertragswert- versus Sachzeitwertverfahren	454
b) Der objektive Ertragswert als zentrales Element von § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG	456
4. Sonderfall: Die Stromvermögensübernahmen in den neuen Bundesländern	458
a) Stromverträge vom 22.8.1990	459
b) Sanktionierung der Stromverträge im Einigungs- vertrag/Ausschluss kommunaler Übertragungs- ansprüche	460
c) Kommunalverfassungsbeschwerde	460
d) Die „Verständigungslösung“	461
aa) Zustandekommen und wesentlicher Inhalt	461

bb) Umsetzung der Verständigungslösung	463
c) Zur Allgemeinverbindlichkeit der Verständigungslösung	463
6. Teil. Belange des Umweltschutzes	467
A. Einführung in das Energieumweltrecht	467
I. Maßnahmen auf Erzeugerseite	469
1. Die Nutzung Erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung	469
2. Carbon Dioxide Capture and Storage (CCS)	470
3. Emissionshandel	471
II. Maßnahmen auf Verbraucherseite	471
1. Energieeffizienz	471
2. Steuerpolitische Maßnahmen	472
III. Maßnahmen der Netzinfrastruktur	472
1. Bedarfsgerechter Netzausbau	473
2. Intelligente Stromnetze (Smart Grids)	473
3. Europaweiter Auf- und Ausbau eines Supergrids	475
B. Das Planungsrecht der Energieversorgungsnetze	476
I. Ausgangssituation: Die Energiewende 2011	477
II. Die Notwendigkeit zum Ausbau der Stromübertragungsnetze	478
III. Verfahren	482
1. Netzentwicklungsplanung	482
a) Szenariorahmen	482
b) Netzentwicklungsplan	482
c) Bundesbedarfsplan	484
2. Länderübergreifende oder grenzüberschreitende Leitungen	484
a) Bundesfachplanung	484
b) Planfeststellungsverfahren	485
3. Sonstige Höchstspannungsleitungen	486
a) Raumordnungsverfahren	487
b) Planfeststellungsverfahren	488
IV. Ziele der Reformen	490
1. Beschleunigung der Verfahren	490
2. Akzeptanz	490
V. Der Ausbau der Gasfernleitungsnetze	492

C. Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)	493
I. Historie der Förderung Erneuerbarer Energien in Deutschland	495
1. Das EEG	495
2. Das EEWärmeG	500
II. Systematik des EEG 2012	501
1. Systematik	501
2. Überblick über die einschlägigen Rechtsverord- nungen	503
III. Die Regelungen des EEG	504
1. Regelungszweck des EEG	504
2. Anwendungsbereich	505
a) Sachlicher Anwendungsbereich	505
b) Räumlicher Anwendungsbereich	506
c) Persönlicher Anwendungsbereich	507
d) Zeitlicher Anwendungsbereich	507
3. Pflichten der Netzbetreiber	508
a) Gesetzliches Schuldverhältnis	508
b) Netzanschluss und Netzkapazitätserweiterung	508
c) Vorrangige Abnahme und Einspeisemanagement	509
4. Vergütungssätze	510
5. Direktvermarktung	512
a) Hintergrund	512
b) Begriff der Direktvermarktung	513
c) Formen der Direktvermarktung	513
aa) Marktprämie	513
bb) Grünstromprivileg	515
cc) Sonstige Direktvermarktung	515
6. Bundesweiter Ausgleich („EEG-Belastungsaus- gleich“)	515
7. Transparenzanforderungen	519
8. Die Clearingstelle EEG	520
9. Weitere Regelungen	522
IV. Vereinbarkeit des EEG mit dem europäischen Unions- recht	522
1. Beihilfeverbot, Art. 107 AEUV	522
2. Warenverkehrsfreiheit, Art. 34 AEUV	523
V. Verfassungsrechtliche Bedenken	525
1. Vorbemerkung	525
2. Sonderabgabenproblematik	526
3. Grundrechte der Netzbetreiber	527

a) Berufsfreiheit, Art. 12 GG	527
b) Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	529
c) Gleichheitssatz, Art. 3 GG	530
4. Grundrechte sonstiger Marktteilnehmer	531
a) Stromgroßhändler	531
b) Letztversorger	531
c) Betreiber konventioneller Kraftwerke	531
d) Letztverbraucher	532
VI. Ausblick	532
1. Technische Herausforderungen	533
2. Ökonomische Herausforderungen	533
3. Politische Herausforderungen	534
4. Rechtliche Herausforderungen	535
D. Fördergesetze für Kraft-Wärme-Kopplung	536
I. Einführung	537
II. Historie der Kraft-Wärme-Kopplung	539
1. Das KWK-VorschaltG	539
2. Das KWKG 2002	540
3. Das KWKG 2009	541
a) Vorgaben des Gemeinschafts-/Unionsrechts	541
b) Wesentliche Neuregelungen des KWKG 2009	542
4. Das KWKG 2012	543
a) Überblick	543
b) Einführung der Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung (KWKK)	543
III. Regelungen des KWKG (2012)	543
1. Systematik des KWKG	543
2. Zweck und Anwendungsbereich des KWKG	544
3. Legaldefinitionen	545
4. Förderung von Strom aus KWK-Anlagen	546
a) Überblick	546
b) Anschluss-, Abnahme- und Vergütungspflicht	547
c) Die Vergütung des KWK-Stroms	549
aa) Auszuhandelnder Abnahmepreis	550
bb) Zuschlag	551
5. Förderung von Wärme- und Kältenetzen	552
a) Anwendungsbereich	552
b) Förderungsmechanismus	553
6. Förderung von Wärme- und Kältespeichern	553
a) Anwendungsbereich	553
b) Förderungsmechanismus	554

7. Bundesweiter Belastungsausgleich	555
a) Der Wälzungsmechanismus des § 9 KWKG	555
b) Anwendung außerhalb des KWKG	557
8. Zuständigkeit, Kosten und Zwischenprüfung	558
IV. Europa- und Verfassungsrechtliche Bewertung des KWKG	559
1. Unionsrecht	559
2. Verfassungsrecht	559
E. Energieeffizienz	560
I. Einführung	560
1. Begriff der Energieeffizienz	561
2. Vorteile von Energieeffizienzmaßnahmen	561
3. Europäische und nationale Zielvorgaben	562
4. Anknüpfungspunkt von Energieeffizienzmaßnahmen	564
5. Methoden zur Steigerung der Energieeffizienz	564
II. Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebereich	565
1. Europarechtliche Vorgaben	565
2. Nationales Recht	566
a) Energieeinsparungsgesetz (EnEG)	566
b) Energieeinsparverordnung (EnEV)	567
c) Sonstige nationale Regelungen	567
d) Ein zentrales Problem im Bereich der energieeffizienten Gebäude: Das Investor-Nutzer-Dilemma	568
III. Energieeffizienzmaßnahmen im Straßenverkehrsbereich	570
1. Europarechtliche Vorgaben und Strategien	571
2. Nationales Recht	572
a) Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Bereich des Straßenverkehrs	572
b) Speziell: Elektromobilität	573
IV. Energieeffizienz im Bereich von Industrie und Unternehmen	575
1. Europäische Vorgaben	575
2. Nationales Recht	576
V. Energieverbrauchsrelevante Produkte	577
1. Europäische Vorgaben	577
2. Nationales Recht	580
VI. Energieeffizienzrichtlinie und Energiedienstleistungsgesetz	580

1. Bisherige Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen (EDL-Richtlinie)	581
2. Neue Energieeffizienzrichtlinie	581
3. Nationale Rechtslage	582
a) Energiedienstleistungsgesetz	582
b) Nationale Energieeffizienzaktionspläne	583
VII. Fazit	583
F. Stromsteuer, Energiesteuer und Kernbrennstoffsteuer	584
I. Gesetzgebung	585
II. Stromsteuergesetz (StromStG)	589
1. Regelungsinhalte	589
a) Stromsteuer als Verbrauchsteuer	589
b) Steuertatbestand	589
c) Umweltrechtliche und sonstige Steuererleichterungstatbestände	590
d) Steuerverfahren	594
e) Verwaltung, Gerichtsbarkeit	595
2. Vereinbarkeit der Stromsteuer mit europäischem Recht	595
a) Beihilfenrecht, Art. 107 f. AEUV	595
b) Warenverkehrsfreiheit, insb. Art. 30 AEUV	596
c) Steuerliches Nichtdiskriminierungsgebot, Art. 110 AEUV	596
3. Vereinbarkeit der Stromsteuer mit Verfassungsrecht	597
III. Energiesteuergesetz (EnergieStG)	599
IV. Kernbrennstoffsteuergesetz	601
1. Gerichtliche Prüfung des KernbrStG	601
2. Zur Verfassungsmäßigkeit des KernbrStG	602
a) Formelle Verfassungsmäßigkeit: Gesetzgebungskompetenz	602
b) Materielle Verfassungsmäßigkeit	604
3. Kein Verstoß gegen europarechtliche Vorgaben	605
7. Teil. Emissionshandel	607
A. Einführung	607
I. Ziele des Emissionshandels	607
II. Kyoto-Protokoll und internationaler Emissionshandel	608

B. Europäische gesetzliche Grundlagen für den Emissionshandel	610
I. Die Emissionshandelsrichtlinie	610
1. Überblick	610
2. Anwendungsbereich	612
3. Festlegung der Emissionsobergrenze (des Cap)	613
4. Erwerb der Emissionszertifikate: Versteigerung oder kostenfreie Zuteilung?	614
5. Überwachung	616
II. Konkretisierende Gesetzgebung auf europäischer Ebene	616
1. Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten	616
2. Auktionierungsverordnung und Versteigerungsplattformen	616
C. Nationale Umsetzung	617
I. Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG)	619
1. Überblick	619
2. Anwendungsbereich	619
3. Zuständige Behörden	619
4. Erwerb von Zertifikaten	620
a) Zuteilung	620
b) Rechtsgeschäftliche Übertragung	621
5. Abgabe von Zertifikaten	621
6. Sanktionen	621
II. Zuteilungsverordnung 2020 (ZuV 2020)	622
1. Ermittlung des Zuteilungselements	623
2. Berechnung der Zuteilungsmenge	623
a) Historische Aktivitätsrate	623
b) Benchmark	624
c) Degressionsfaktor	624
d) Korrekturfaktor	624
III. Ausgewählte Rechtsprobleme	625
1. Grundrechtskonformität des Emissionshandels	625
2. Verfassungsmäßigkeit der Versteigerung von Emissionszertifikaten	626
3. Rechtsschutz gegen Zuteilungsentscheidungen	627
Bearbeiterübersicht	629
Stichwortverzeichnis	631